

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit **Kurzzeitel**

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise ufm. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe eingeführt.

Verlag Ullstein. Verantwortlich für den Gesamthalt
(außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin.
Für Rücksendung unv. Manuskripte ist Porto beizufügen.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlagsdruckerei Ullstein: Am Dönhoff (A 7) 3600-3666,
für den Verwerkher Am Dönhoff 3668-3680, Telegramm-
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 860.

Bergwerksexplosion bei Aachen

**Bisher 30 Tote und 60 Verletzte geborgen
Dynamitexplosion auf Grube Anna II in
Alsdorf / Größter Teil der Belegschaft gerettet**

In Alsdorf bei Aachen explodierte heute, um 1/8 Uhr morgens auf der Grube Anna II das Hauptprengstoff-Lager, das sich auf der 252-Meter-Sohle befand. Die Wirkungen der Explosion, die in die Höhe ging, waren, daß das große Schachtgerüst zusammenstürzte, mehrere Betriebsgebäude zertrümmert wurden. Die Zahl der Opfer konnte noch nicht zuverlässig festgestellt werden. Bisher sind 30 Tote geborgen und etwa 60 Verletzte ins Krankenhaus gebracht worden. Der größte Teil der eingefahrenen Bergleute konnte ins Freie gebracht werden, die Entschuldigursache der Explosion ist noch unbekannt. 200 sind noch eingeschlossen.

Das Oberbergräteamt beim Preussischen Handelsministerium leit mit, daß bei der Explosionskatastrophe auf dem Wilhelm-Schacht der Grube Anna II die Geste zum größten Teil über Tage gelassen sind, und daß darum nach menschlichen Ermessen für die Bergleute, die noch unter Tage sind, keinerlei Gefahr mehr besteht. Von dem Direktor der Gruben wurde berichtet, daß die Zahl der Toten kaum 30 übersteigen werde. Daß die unter Tage befindlichen Bergleute nicht länger alle an das Tageslicht gebracht werden sind, sei daraus zu ersehen, daß der Haupteinleitungs-Schacht nicht verstopft ist, und daß die Bergleute auf mehreren Kilometern entfernten Schächten herausgeholt werden müssen, was geraume Zeit in Anspruch nimmt.

Die erste Panik

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Aachen, 21. Oktober

Die Wirkungen der Explosion waren so furchtig und bekümmend, daß die große Schreckens- und im Umkreis der Unglücksstätte alles Äußerste. Erst ein unheimlicher Knall, der die Erde erschauern ließ, dann Rauchwolken, riesige Staubfontänen, die alles verhöhlen und minutenlang gar nichts erkennen ließen, was eigentlich geschehen war. Erst als sich diese Wolken lichten, sah man, daß die Förderanlage des Wilhelm-Schachts weggerollt war und daß mehrere Betriebsgebäude in Trümmer gelegt waren.

Unter diesen Trümmern oder lagen verflüchtete Menschen, die kein Lebenszeichen mehr gaben, Vermutete, die sammelten und suchten sie. Von dem Umfang der Katastrophe ließ sich nur ein ungefähres Bild zu machen, war in den ersten Stunden nicht möglich. Es war klar, daß im irgend einer Sohle ein Sprengstoff-Lager explodiert war, und man wußte, daß es sich um ungefähr 2000 Kilogramm Sprengstoff handelte, der auf der 250-Meter-Sohle untergebracht war.

Man mußte befürchten, daß die Verheerung der Katastrophe unter Tage weit größer sei als an der Erdoberfläche, und man hoffte um das Leben der eingeschlossenen Bergleute, die mehrere hundert Köpfe hatten. Aber es liefen keine Rettungsfälle, hier zu Hilfe zu kommen, weil der Zugang zum Einleitungs-Schacht durch Einsturz unpassierbar war.

Die erste Hilfsaktion

galt deshalb den Opfern über Tage. Von überall her wurden Ärzte, Sanitäter, Rettungsmannschaften herbeigeholt, die zunächst dafür sorgten, daß die Toten geborgen und die Verletzten weggebracht wurden, die man am leichtesten unter den Trümmern hervorholen konnte. Als die erste Panik vorüber war und man sich bemühte, mit den Bergleuten unter Tage in Verbindung zu kommen, ergab sich, daß die schlimmste Wirkung der Explosion nur einen einzigen Bergmann, der eingeschlossen war, betraf. Die sofortige Verbindung nach unten funktionierte, auch von der 450-Meter-Sohle ten Antwort, die Weiterführung war in Ordnung, die Einleitungs allerdings nur auf die benachbarten Gruben Anna I und Adolf beschränkt, um denen die Bergleute vorläufigermaßen zurückgehoben wurden.

Von diesen Gruben aus konnten schon eine Stunde nach der Katastrophe Mannschaften der vom Unglück betroffenen Grube Anna II zutage gefördert werden. Aber da sich die meisten Bergleute sofort in ihre Wohnungen begaben und inmitten der verheerenden Ruine niemand daran dachte oder Zeit fand, genaue Feststellungen zu machen, weiß man nicht, wieviele Bergleute noch in der Grube Anna II eingeschlossen sind. Man schätzt 200.

Inzwischen war man um die Mittagsstunde sicher, daß die Zahl der Opfer allfälligerweise geringer ist als zuerst befürchtet werden mußte, und daß sich alle Bergleute aus der Grube Anna II gerettet werden können, da eine Gesamtzählung sich nicht bemerkbar gemacht hat. Allerdings konnten die Rettungsmann-

schaften infolge der Verwundungen, die angehäuft wurden, noch nicht bis zu der eigentlichen Explosionsstelle vordringen, und es ist immerhin nicht ausgeschlossen, daß sich in den Schächtenlagen noch noch einzelne Bergleute befinden.

Die Verheerungen

Entsetzlich ist das Trümmerfeld rings um die Grube „Anna II“. Das heutige Unglück ist das größte und schwerste, das das Ruhrgebiet betroffen hat. Bis jetzt hat man noch nicht um die Aufräumung bemühen können, wie es überhaupt zu dieser Explosion kommen konnte. Die letzten Sprengstoff-Explosionen sind während des Krieges vorgekommen, um die Schließung der Sprengstoffwerke infolge des notwendigen Conzils erfolgte. Aber letzter sind alle Vorkehrungsregeln getroffen, ist eine hängige Kontrolle erfüllt worden, und im Aachen Gebiet hat die letzte Revision erst vor einem Vierteljahr stattgefunden. Ob ein unglücklicher Zufall oder eine Fehlbildung vorliegt, das wird mit Gewißheit vielleicht auch nicht mehr feststellbar sein. Sighler sind die schlimmsten Verheerungen, die die Explosion angerichtet hat. Der Fördertrichter ist sich zusammen und fiel auf einen Teil des Verwaltungsgebäude, dessen Bauwerk zusammenbrach. Hier wurden auch die ersten Leichen geborgen, darunter auch Leiche von der Nachschicht, die bereits ausgefahren waren, von denen aber einige noch in den Bergkrümmen sich aufhielten, die gleichfalls zerstört worden sind. Auch die Wohnheimhäuser sind in Trümmer gelegt. Und da ein Unglück nicht allein kommt, explodierte auch ein Benzol-Lager, das sich unter dem Büttengebäude befand, und das Haus wurde gleichfalls in Trümmer gelegt.

Erklärung des Handelsministers

Die heutige Sitzung des Preussischen Landtages begann mit einer Auerungsbildung für die Opfer der Katastrophe. Nach dem Präsidenten Worte sprach Handelsminister Dr. Schröder und beklagte, daß die Zahl der Opfer zum Glück nicht so groß ist, wie in der ersten Panik angenommen wurde. Die Staatsregierung werde alle mit dem Anschlag in der Katastrophe mit die Opfer, und sie werde sofort eine Aktion für die Verletzten und die Hinterbliebenen der Todesopfer einleiten. Weitere eingehendere Darlegungen behalte er sich nach vor, wenn am Unglücksorte genauere Feststellungen gemacht worden sind.

Nachberhandlungen im Metallstreik

Minister Stegerwald hat sich nunmehr entschlossen, Arbeitgeber und Arbeiterinnen der Berliner Metallindustrie zu Verhandlungen über den erzwungenen Schlichtungsanspruch zu laden. Die Verhandlungen werden noch heute erfolgen.

Somohl die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer haben bereits Besprechungen innerhalb ihrer Organisationen geführt, um die Richtlinien für die Verhandlungen in großen Zügen festzulegen.

Die betroffenen Firmen der Berliner Metallindustrie haben der Firmen wegen die Entscheidung jetzt durch Briefe benachrichtigt, daß sie sich als unfähig zu betradten haben. Ein Teil der Firmen und Betriebsräte sind jetzt noch arbeiten, für die sie einer längeren Dauer der Bewegung die Verhältnisse günstig schätzen, da durch das Festhalten wichtiger Arbeitsposten eine rentable Produktion unmöglich ist.

Landtags-Auflösung abgelehnt

Diklen-Kürzung beschlossen

In der heutigen Sitzung des preussischen Landtages wurde der Antrag der Reichspartei auf Auflösung in einfacher Abstimmung abgelehnt.

Für den Antrag haben die Rechtsparteien, Nationalsozialisten, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei gestimmt; die Kommunisten enthielten sich der Stimme.

Der Antrag des Hauptauschusses, ebenso wie im Reich am 1. November ab zu prüfen, bis zur endgültigen Regelung durch das Reich die Abgeordneten-Diklen um 20 n. S. und die Entschädigung für die Teilnahme an Ausschusssitzungen an Sagen, an denen das Plenum nicht tagt, um 5 n. S. zu kürzen, ging Annahme.

Die vorangehende Debatte beruhte die Kommunisten zu heftigen Angriffen gegen die beamteten Sozialdemokraten, darunter auch der Abg. Hellmann in seiner Eigenschaft als Sachverständiger, wegen ihrer Einkünfte.

Abg. Hellmann erklärte, daß seine Einkünfte als Sachverständiger und Pension in den Ämtern des Untersuchungsaußenbüros zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit von der Berliner Stadterveraltung ausgezahlt seien. Er meint dann, wenn man den kommunikativen Antrag auf Kürzung der Diklen für Abgeordnete mit höherem Einkommen annehmen wolle, dann müsse man doch prüfen, ob alle diejenigen Abgeordneten, deren Einkommen unter 5000 Mark liegt, etwa deshalb so wenig verdienen, weil sie zu faul oder weil sie zu dumm seien. (Stimmliche Gelächter.)

Anschlußkundgebung in Wien

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Wien, 21. Oktober

Am kommenden Sonntag wird in einer sozialdemokratischen Anschlußkundgebung für den Anschluß unter anderem Rednern auch Reichstagspräsident Paul Heß sprechen. Die Kundgebung wird von dem Parteivorstand und dem Vorstand angeleitet; Unter Kampf gegen den Faschismus wird ein Kampf gegen die monarchistische Reaktion, unter Kampf für die Republik ein Kampf für den Anschluß an Deutschland. Reichstagspräsident Heß, der die Durchgangsmannschaft der Felderplatz in der früheren Hofburg für die Kundgebung nicht bewilligte, während der Platz sonst jeder Feinwerkzeugkundgebung zur Verfügung gestellt wird.

Der Regierungsbefuch in Stuttgart

Reichsminister Dr. Brüning und Reichsjustizminister Dr. Dietrich sind heute vormittag mit dem sachsenpreussischen Berliner Schnellzug zu Besprechungen mit dem württembergischen, der baden- und hessischen Regierung in Stuttgart eingetroffen. In ihrer Begleitung befinden sich der bayerische Ministerpräsident Dr. Gölz und der württembergische Oberpräsident in Berlin, Staatsminister Dr. Boller. Die Fernen wurden am Bahnhof vom Staatspräsidenten Dr. Dolz empfangen.

Akkulturation der Frauen

Europareise Owen Youngs?

Schuldendeckel in Amerika

New York, 21. Oktober

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Wie jetzt hier bekannt wird, soll Owen D. Young plöglich und in aller Heimlichkeit eine Reise nach Europa ansetzen haben. Er soll schon am Sonntag auf dem Dampfer „Seattle“ nach Europa vertriehen haben. Eine Bekräftigung aber weder von der Schiffahrtsgesellschaft noch von der General Electric zu erlangen. So weiß man auch weder über das Reiseziel Youngs Bescheid, noch ob die eine Bedeutung im Zusammenhang mit den Revisionen und Moratoriumsfragen bedeutsam ist.

Der frühere Reichsbranddirektor Schacht hat in Washington mit Simon, Mellon und Hoover je halbmonatliche Besprechungen gehabt und hat dann bei Simon Rücksicht. Simon hat eine Werbung demontiert, wonach Schacht inoffiziell Führer ausgedacht habe, um zu erfahren, wie eine deutsche Moratoriumserklärung in Washington aufgenommen werden würde, und daß er bei Überzeugung Ausdruck gegeben habe, Deutschland werde früher oder später ein Moratorium erklären müssen. Dieses Dementi ist rechtlich in Wahrheit nur als das Fiktionell. Ihr Korrespondent ist auf Grund genauer Nachprüfungen imstande, festzustellen, daß der angeführte Stand der Dinge in Washington wiederzulegen.

Schacht hat, wie in seinen mehrfachen öffentlichen Reden, so auch jetzt in Washington das Moratoriums-Thema angefaßt, allerdings unter ständiger Betonung, daß er als Privatmann spreche. Bei dem Frühstück hat Schacht in der Tat es als Oult nicht für zulässig gehalten, von sich aus ein solches Thema anzuhängen, von dem Prof. Barthes -Berger, -Bant Jarrillon an dem Morgen teilnahm, hinterließ das Gespräch nicht unberührt. Bei den sonstigen Besprechungen haben, soweit ich feststellen konnte, die amerikanischen Staatsmänner reichliche Ausführungen mit Interesse angehört, sich jedoch jeglichen Kommentars enthalten. Die Ränge dieser offiziellen Besuche hätte eine ausführliche Erwähnung überigens auch gar nicht gestattet.

Das hier verbreitete Gerücht, das Schacht habe durch den Gouverneur von New-York Barthes -Berger, -Bant Jarrillon einen Plan für ein fünfjähriges Moratorium ausgearbeitet, läßt sich irrig. Es scheint sich nach meinen Informationen nur um eine Zusammenfassung derjenigen Bestimmungen der alliierten Schuldensabernahmen zu handeln, die den Alliierten das Recht geben, mit wöchiger Frist ihre Forderungen an Amerika auf bestimmte Zeit einzufrieren. So hat beispielsweise Frankreich bis 1923 das Recht, alle Zahlungen über 10 Millionen Dollar auf drei Jahre auszusparen und nachher, soweit es sich um Zahlungen auf die Staatskassafonds handelt, nicht aber um die Zinsen. Es könnte dadurch viele Jahreszahlungen um 18 Millionen Dollar vermindern. England könnte jährlich ungefähr die Hälfte der Jahresrate ausfrieren. Deutschland selbst kann nach den im vorigen Jahre abgeschlossenen Berliner Abkommen keine Zahlungen an Amerika zu richtenden Zahlungen um ungefähr 3/4 zurückzuführen.

Wie Verhandlungen über ein fünfjähriges Moratorium, das Amerika freiwillig gewähren wolle, kein Thema der Verhandlungen. Die amerikanische Regierung kann ohne Zustimmung des Kongresses ein solches Moratorium gar nicht einräumen.

Rein Mensch zweifelt hier daran, daß einer deutschen Aktion die Einstellung der entsprechenden Alliiertenzahlungen folgen würde. Man ist sich in Washington durchaus darüber klar, daß die Welt sich ausschließlich in einer Reparationsfrage befinde, und man läßt sich durchaus nicht ohne den Willen zu sein, den nächsten Weg zur Lösung der Krise zu gehen. Dabei kann es kommen, daß die ersten offiziellen Verhandlungen und diplomatischen Schritte noch ablehnend aufgenommen werden. Die amerikanische Regierung kann ihre finanzielle Position nicht kamplos verschärfen lassen, aber dieser Widerstand wird vielleicht nicht unerschütterlich sein. Die Regierung muß auf die bevorstehenden Wahlen Rücksicht nehmen.

Demonstrationsverbot in Baden

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Karlsruhe, 21. Oktober

In den letzten Tagen ist es in Karlsruhe und Umgebung mehrfach zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gekommen, bei denen mehrere Personen schwer verletzt wurden. Die Kommunisten haben ein Verbot angenommen, daß dadurch die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet ist. Der badische Minister des Innern hat deshalb nunmehr auf Grund des Artikels 123, Absatz 2, der Reichsverfassung für das ganze Bad. Baden alle Versammlungen und Versammlungen unter freiem Himmel (Umzüge und Kundgebungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen) wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten. Die Versammlungen sind in demselben Sinne verboten. Die Versammlungen sind in demselben Sinne verboten. Die Versammlungen sind in demselben Sinne verboten.

Nachdem bereits am Montag eine nationalsozialistische Versammlung in Durkheim verboten worden war, ist infolge der aufrechten Haltung der Reichsregierung, das auf nationalsozialistische Versammlung in Karlsruhe, die am 21. Oktober in Karlsruhe abgehalten werden sollte, ebenfalls verboten worden.

Wilder Streik

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Gladbach/Rheydt, 21. Oktober

Eine von den Kommunisten angelegte Streikbewegung bei den Postbeamten hat sämtliche Poststellen in Gladbach/Rheydt erfaßt. Über 1200 Postbeamtenstreikenden, die zu Post-

men. Es wäre ihr zweifellos lieber gewesen, wenn die ganze Erklärung sie nach den Wahlen im November unterliehen wäre. Vor den Wahlen kann überhaupt keine Einseitigkeit laffen. Schacht hat in New York eine große Rede gehalten, in der er sagte, was er bisher auf einer Reise-Tournee in Amerika ge- sagt hat, zusammengefaßt. Der bekannte New-Yorker Rechtsanwalt John F. Dulles, der während des Krieges im Staatsdepartement gearbeitet hat und später Mitglied der Reparationskommission des Obersten Gerichtshofes war, meinte in seiner Begrüßungs- anrede, die deutsche Notlage sei teils auf verschwendete Finanzkraft, teils auf gewollten Jued-Finanzismus, der auf eine Einstellung der Reparationszahlungen hinwirte, zurückzuführen. Dulles wies namentlich auf die glänzende Entlohnung der deutschen Sanabelstahlgänge. Die Exportfirmen hätten die Importfirmen überholt und in diesem Jahre zum erstenmal die englischen Exportfirmen überlegen. Zusammen gab auch Dulles zu, daß Deutschland in der Entschuldigungsfrage von den Alliierten geschätzt werden ist, so daß es sich haben können, alle Verträge seien nur Erlös, um Deutschland wiederzuerhalten.

In seiner Überdrehung hielt Schacht ihm entgegen, daß der dies- jährige Exportüberschuss nur dadurch erzielt worden sei, daß die Importe künstlich getroffen worden seien. Deutschland leide von seinen Nachbarn. So habe es beispielsweise die Rufe amerikanischer Arbeiter nicht über den Fortschritt bringen können. Der Exportüberschuss sei unter den anomalous Bedingungen nicht weiter zu steigern, und deshalb sei der Youngsplan das verdammt, ich selbst festzusetzen. Deutschland werde gewonnen sein, eines Tages daraus die Konsequenzen zu ziehen. Das brauche nicht unbedingt zu einer Reparationskrise zu führen, die Situation könne auch ohne Krise gelöst werden. Deutschland habe den besten Willen und es wolle auch die Frage einer Moratoriums- erklärung die es nach dem Youngsplan von sich aus, ohne andere zu befragen, abgeben könne, was werden über den Ausfuß nicht breiten. Deutschland habe bisher die Reparationen aus geliehene Oult bezahlt.

„Ich frage Sie“, rief Schacht mit erhobener Stimme, „wie lange soll das noch weitergehen? Deutschland hat in den letzten Jahren, um Frieden zu halten, immer nur zu und Amen zu allem gesagt. Die anderen tragen ebensolche Verantwortung wie Deutsch- land. Die Deutschen wollen untere Ehrlichkeit als ebendiese Ehrlichkeit behalten, und wir wollen über Ihren Wortbruch die Regierung wird aber eines Tages gewonnen sein, zu sagen: Daß uns Oult verbieten, damit wir zahlen können.“

W. Sch.

Berling gegen jede Revision

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Paris, 21. Oktober

Berling am „Echo de Paris“ protestiert mit harter Schärfe gegen jeden Moratoriums- und Revisionsangeboten. Er glaubt so- ber zu behaupten zu können, daß die Reichsregierung in Paris schon vorläufig ausgesagt habe, was Frankreich für die Revision des Versailler Vertrags zu gewinnung. Man habe auf deutscher Seite an ein Angebot geboten, das Frankreich von jedem Wortbruch für die Youngs-Zahlungen ausnehmen sollte. Dafür sollten die deutschen Zahlungsverpflichtungen erhöht und die Santräge so schnell wie möglich liquidiert werden. Selbstverständlich könne Frankreich diese Liquidierung, so betont Berling, unter keinen Umständen annehmen, denn er würde die Selbsttätigkeit der Alliierten gegenüber Deutsch- land verurteilen. Am liebsten habe Frankreich, so heißt Berling, gar kein Interesse daran, ein Moratorium für seine Schulden- zahlungen an Amerika anzunehmen, denn dieses Moratorium würde zungunsten für die interalliierten Schuldensabernahmen nicht zu einfach durchzuführen sei. Außerdem behalte die Gefahr, daß man auf dem Umweg über die Revisionsdebatte versuchen würde, Frankreich eines Teils seines Goldbesitzes zu berauben.

lands- und Wirtschaftskrisen herangezogen werden, haben sich den Kaufsbedingungen angeschlossen, obwohl sie den vollen Arbeitslohn für Tiefbauarbeiter erhalten, fordern sie eine höhere Entlohnung und darüber hinaus noch Sonderleistungen in Form von Gehältern und Arbeitsleistungen. Da die Gewerkschaften den Streikenden diese Hilfe verweigern und das Wohlfahrtsamt ihnen die Unterstützung sperren, ist anzuwenden, daß der wilde Ausbruch in kurzer Zeit zusammenbrechen wird.

Der Feuer-Überfall von Bernau

Eine Nütingentaler Gruppe beteiligt?

13 Nationalsozialisten, die von der Polizei wegen der blutigen Schießerei in Bernau festgenommen worden waren, sind heute dem Untersuchungsrichter im Volksgerichtshaus zum Geleit eines Verhörs vorgeführt worden. Unter den Festgenommenen ist eine Anzahl Nationalsozialisten, die im Verdacht standen, auch an dem Feuerüberfall im März auf das Reichsammerhofen in Nütingental beteiligt gewesen zu sein, ohne daß damals eine Verurteilung gelang.

Ein schwerer Verstoß ereignet ein nationalsozialistischer S. A.-Führer feststellen, der nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen am Sonntagabend in Bernau das Kommando zum Feuer gegeben hatte. Zahlreiche Beamte der Berliner politischen Polizei sind im Laufe des heutigen Tages in Bernau tätig. Es ist eine Reihe von Vernehmungen vorgenommen worden, auch werden mehrere neue Festnahmen als bevorstehend gemeldet.

Verbot der Reichsarbeitnehmer

Der Reichsarbeitsminister hat an Stelle des ausgefallenen Dr. Joachim Tietz eine von dem Hauptminister des deut- schen Einzelhandels Dr. Haefliger bei der Vereinarbeit der deutschen Arbeitgeberverbände zum stellvertretenden Mitglied des Vorstandes der Reichsarbeit für Arbeitsvermittlung und Arbeits- losenversicherung bestellt.

Die Wahlen vom 14. September haben gezeigt, daß die deutschen Frauen durchaus nicht mehr politisch inaktiv sind, daß sie vielmehr die Wahlversammlungen eifrig besucht und ihre Stimme ausgeübt haben, und zwar zum großen Teil in rationalem Sinn.

Mit dieser Möglichkeit haben die Führerinnen der Frauen nicht gerechnet. Sie konnten das auch nicht, weil der zur Zeit herrschende Nationalsozialismus für Frauen nicht die gleiche und seiner ganzen Natur nach sein muß. Das Programm des Nationalsozialismus spricht deutlich aus, daß die Frauen wieder lernen müßten, „Magd u. Dienersin“ zu sein. Die „Nationalsozialistischen Monatshefte“, von Adolf Hitler herausgegeben, teilen über die Frauenorganisation der Partei, den „Deutschen Frauenorden“, folgendes mit:

„Die nationalsozialistische Bewegung ist zwar, was den politischen Machtkampf anbelangt, eine ausgeprägten männlichen Bewegung. Sie ist der Überzeugung, daß die Frau im Parlament und in der politischen Erscheinung des liberalistischen Zeitalters darstellt, eine Erscheinung, die ihre weiblichen Werte gerade abtut und in der Nachahmung männlicher Tätigkeit jene nur verzerrt hätte. Wir sind der Überzeugung, daß jeder echten Frau gerade die Männlichkeit des Nationalsozialismus im Innersten entgegensteht; denn erst dadurch wird sie einwirkend ganz Frau sein.“

Doch heißt also, man rechnet auf ein gewisses Vorgesichts- gebiet der deutschen Frauen. Sie sind nicht erst in ihrer eigenen Verantwortung dem Manne wieder dienen darf. Dieser untersteht ja in seinem Programm „Jugend-, Staats-, Arbeiter-, „Staatsbürger“ und „Ausländern“. Der staatsangehörige Mann wird zum Staatsbürger durch feierliche Vereidung des Staatsbürgerrechtes nach Vollenziehung seiner Ehepflicht. „Das deutsche Mädchen“, so heißt es in seinem „Mein Kampf“, „ist Staatsbürgerin und wird durch die Ehe zur Ehefrau eines Bürgers. Doch kann auch den im Erwachsenenalter weiblichen Staatsangehörigen das Bürgerrecht verliehen werden.“

Es soll also von der Gnade des Richters abhängen, ob eine Frau das Staatsbürgerrecht, d. h. das Wahlrecht, erhält. Ob die Millionen von Frauen, die der Nationalsozialistische Partei am 14. September ihre Stimme gegeben haben, sich diesem Recht bewußt waren?

Diese Stellung des nationalsozialistischen Programms den Frauen gegenüber zwingt die auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Frauenverbände zur Abgrenzung ihrer Neutralität gegenüber dem Nationalismus. Das hat der Deutsche Staatsbürgerinnenverband in dem Brief an Frau und Mann in seiner Vorbereitungs- schaltung in der letzten Woche unter gleichzeitiger Betonung seines eigenen, klar nationalen Standpunktes er- kannt und einseitig zum Ausdruck gebracht. Diese Abgrenzung der Neutralität richtet sich gegen die Nationalsozialistische Partei als solche. Sie richtet sich nicht gegen einzelne Frauen, die diese Partei in Vertretung ihrer Ab- teilung und Absicht gegen die Partei haben wollen, sondern mit der ersten und einzigen Aufgabe, daß ihre erste und vornehmste Aufgabe die sein muß, jene dem Nationalismus verfallenen Frauen wieder für die Parteien zurückzugewinnen, die mit verfassungsmäßigen Mitteln den deut- schen Weibervolk zu erziehen.

Will man diese Arbeit erfolgreich leisten, so muß man sich über die Gründe klar sein, weshalb die Frauen in den Sozial- demokratischen Parteien, die sich in den Hauptpunkten wie Wert- schätzung, Arbeitslosigkeit, Steuerlast nicht von den Gründen, die auch auf die Männer eingewirkt haben. Es kommen aber bei den Frauen noch einige Faktoren hinzu. So einmal die unmittelbare Propaganda, die sich in der Form von Frauen- gesellschäften und mit der Unterstützung der Arbeiter- und Frauenvereine, an die Frauen richtet; zum zweiten der starke Einfluß der sozialistischen und berufsgewerkschaftlichen Jugend auf die Arbeiter. Wie in den Arbeiterkreisen, so sind auch in den Arbeiterkreisen durch Schülerinnen und Lehrerinnen nationalsozialistische Zellen gebildet. Es gibt auch einen „Rund besitzer“ in der „Führer-Zugabe“, und man muß die nationalsozialistische agitatorische Arbeit nach dem Maße nach Hause kommen, bestimmen sie die Eltern, besonders die politisch unreifen und deshalb dem Einfluß der Schlagworter leichter ausgelieferten Mütter, so daß auch diese nationalsozialistischen Zellen. Das Wort: „Der Verbrecher hat gelacht“, verleiht eine Wirkung auf die Mutter nicht. Und der verurteilte Mann des Nationalismus ihrer Kinder, denen sie damit die Zukunft zu retten folgt.

Ist man sich über diese Gründe klar geworden, so ergibt sich gerade für jene parteipolitisch neutralen Frauenverbände ein ungeheurer Aufgabebereich, der in erster Linie dem Auf- bau des Vaterlandes, aber gleichzeitig auch der Umwandlung der politischen Frauenbewegung dienen kann. Wenn diese Frauenvereine, wie es die Franzfurter Zeitung zu zeigen pflegt, ihre große staatspolitische Aufgabe richtig erfüllt haben, dann müssen sie ihre engere Arbeitsgebiete, die Durch- kämpfung der Frauenrechte auf einzelnen Rechts- und Lebensgebieten, zurückstellen, bis ihnen diese erste große Auf- gabe gelungen ist: die zum Nationalismus ver- fallenen Frauenmassen zurückzuerwerben. Dr. M. E.

Albert Thomas in Berlin

Der Direktor der internationalen Arbeitsämter in Genf, Albert Thomas, ist am 20. Oktober in Berlin. Er hat an dem Kongreß der internationalen Zentralföderation der Frauenvereine in Dresden teilgenommen. In Berlin wird Albert Thomas auf dem internationalen Kongreß der Journalisten anwesend sein. Er wird auch dem Reichsarbeitsminister Stegerwald einen Besuch abstatten.

